

Der Senator für Bildung und Wissenschaft

10.07.06
Herr Rohlje
Tel.: 2247

**Vorlage Nr.: L 211
für die Sitzung der Deputation für Bildung
am 18. Juli 2006**

Weiterentwicklung der Landeszentrale für politische Bildung

A. Problem

Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen hat in seinem Jahresbericht 2005 eine Reihe von Punkten in der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung kritisiert und Empfehlungen vorgelegt, wie diesen abgeholfen werden kann (Anlage 1). Er hat die Landeszentrale bzw. den Senator für Bildung und Wissenschaft als das zuständige Fachressort aufgefordert, zu seinen Bemerkungen und Empfehlungen Stellung zu nehmen und für Abhilfe zu sorgen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) hat sich die Kernforderungen des Rechnungshofes am 8. Dezember 2005 zu eigen gemacht.

B. Lösung

Die senatorische Behörde hat, abgestimmt mit der Landeszentrale, am 10. Juli 2006 die als Anlage 2 beigefügte Stellungnahme zu den Bemerkungen des Rechnungshofes versandt.

In den meisten Punkten werden die Empfehlungen des Rechnungshofes aufgegriffen. Das Ressort hat sie zum Anlass genommen, mit der Landeszentrale auch über die vom Rechnungshof angesprochenen Punkte hinaus in einen Dialog über eine inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung einzutreten. Als Zwischenergebnis lässt sich zusammenfassend festhalten:

- Das Fachressort wird gemeinsam mit der Landeszentrale deren Aufgaben neu definieren und präzisieren. Es ist beabsichtigt, die allgemeine Arbeitsrichtlinie aus dem Jahre 1967 bis zum Herbst zu überarbeiten und für das Jahr 2007 erstmals eine Ziel- und Leistungsvereinbarung abzuschließen.
- Die Landeszentrale wird künftig regelmäßig einen Jahresbericht vorlegen, der jeweils einen Rückblick auf das im Vorjahr Geleistete und einen Ausblick auf das Arbeitsprogramm für das kommende Jahr enthält. Der erste Jahresbericht für 2006 soll im Frühjahr nächsten Jahres vorliegen.

- Die Landeszentrale wird Kennziffern und Indikatoren entwickeln, an denen der Erfolg ihrer Arbeit besser abgelesen werden kann.
- Die Landeszentrale wird ihr Stammpersonal auf fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduzieren. Diese Zielzahl soll bereits zum Jahreswechsel 2006/07 erreicht sein.
- Die Bibliothek der Landeszentrale soll mit der Bibliothek des Landesinstituts für Schule verschmolzen werden. In dieser „Zentralbibliothek“ für schulische und politische Bildung sollen auch die Bestände der Behörde selbst aufgehen.
- Obwohl aus organisatorischen Gründen viel für den Vorschlag des Rechnungshofes spricht, die Landeszentrale als Referat in die Behörde einzugliedern, soll sie im Interesse ihrer Wirkung in der Öffentlichkeit als eigenständige Einrichtung erhalten bleiben.
- Der Beirat der Landeszentrale, der eine beratende Funktion hat, bleibt selbstverständlich auch erhalten.
- Die Landeszentrale soll allerdings ihr Domizil am Osterdeich aufgeben – was Mietkosten spart und keinen eigenen Hausmeister mehr erfordert – und in die Nähe der Behörde verlagert werden. Dies soll möglichst zum Jahreswechsel erfolgen.

C. Beschlussvorschlag

1. Die Deputation für Bildung nimmt die Stellungnahme des Fachressorts zu den Bemerkungen des Rechnungshofs zur Kenntnis.
2. Sie stimmt den Planungen zur Weiterentwicklung der Landeszentrale zu.
3. Sie begrüßt, dass der Beirat der Landeszentrale am 19. Juli über die Stellungnahme und die weiteren Überlegungen informiert werden soll.

In Vertretung

Dr. Göttrik Wewer
Staatsrat

Anlagen